



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 23. AUGUST 2021

Kürzungen in der Berliner Fraueninfrastruktur

Die Pandemie hat uns vieles gelehrt – insbesondere, wie systemrelevant gerade die Bereiche sind, in denen ausschließlich oder hauptsächlich Frauen beschäftigt sind. Dazu gehören auch all jene Beratungsstellen, die Frauen in prekären, vulnerablen und mehrfach belasteten Lebenslagen unterstützen, die soziokulturelle Angebote, Anti-Gewalt-Arbeit und Schutzräume bieten, Empowerment leisten und sich für die Arbeitsmarktintegration geflüchteter und eingewanderter Frauen einsetzen.

Die Mitarbeiterinnen dieser Beratungsstellen haben während der Pandemie trotz widrigster Bedingungen und oftmals schlechter Bezahlung flexibel, kreativ und problemlösungsorientiert alles darangesetzt, auch weiterhin für andere Frauen und ihre Familien da zu sein. Sie haben in den Coronajahren 2020 und 2021 umgehend Zusatzangebote geschaffen, um sich pandemiebedingt verschärfende Ungleichheiten sowie damit verbundene Ungerechtigkeiten und Krisen für marginalisierte Gruppen auffangen zu können. Allorts ist der Beratungs- und Unterstützungsbedarf und das damit verbundene Beratungsaufkommen in den letzten Monaten erheblich gestiegen. Die wenigen Beraterinnen – Sozialarbeiterinnen, Psychologinnen u.v.a. – sind, wie auch die Beschäftigten in den Gesundheits- und Pflegeberufen, in der Pandemie an ihre Grenzen gelangt!

Am Ende dieser eineinhalb Jahre, in denen sie für zahlreiche Frauen die Auswirkungen der Pandemie abfedern konnten, erhielten Ende Juni 2021 viele dieser Einrichtungen Briefe der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, in denen sie über drastische Kürzungen ihrer Mittel für das Haushaltsjahr 2022 informiert wurden. Einige Projektförderungen sollen gar gänzlich eingestellt werden – eine Entscheidung mit mehr als bitterem Beigeschmack. Diese Briefe wurden nach zahlreichen Protesten Anfang August durch die Staatssekretärin Barbara König wieder zurückgenommen. Die Gefahr der Kürzungen und die damit einhergehende Reduzierung der Angebote für Frauen bleibt jedoch aufgrund der aktuellen Haushaltssituation weiterhin bestehen.

Die ohnehin chronisch unterfinanzierte Fraueninfrastruktur Berlins würde mit den Kürzungen und Streichungen weiter geschwächt werden. Einige Beschäftigte würden durch die Kürzungen ihren Job verlieren – dies trifft besonders hart alleinerziehende und prekär beschäftigte Frauen, die in den Beratungsstellen tätig sind. Das ist im Hinblick auf die gestiegenen Bedarfe völlig inakzeptabel.



Wären Kürzungen in diesem Bereich tatsächlich unabdingbar, müssten diese zumindest nach transparenter fachlicher Prüfung erfolgen. Stattdessen sollten all jene Mittel gestrichen werden, die in den Nachtragshaushalt 2020/2021 nicht aufgenommen, aber ausgezahlt und genehmigt wurden. Damit trafen diese Kürzungen insbesondere Projekte, die aus einem konkreten Mangel an Angeboten initiiert oder erweitert wurden.

Wenn also, um nur zwei Beispiele zu nennen, dem einzigen Beratungszentrum von und für Frauen mit Behinderung Mittel gestrichen werden und ein Projekt, das mittlerweile mehr als 2.000 Frauen aus über 20 Ländern in über 15 Sprachen beraten hat, komplett eingestellt werden sollen, ist dies in keiner Weise nachvollziehbar.

Daher fordern wir, die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Berliner Bezirke, von den Senatsverwaltungen für Finanzen sowie der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung für die Fraueninfrastruktureinrichtungen der Stadt mit Nachdruck:

- eine gesicherte Rücknahme der Kürzungen und Streichungen in der neuen Legislatur
- die Einführung einer nachhaltigen Regel- statt Fehlbedarfsfinanzierung
- die Zahlung angemessener Tariflöhne für die Beschäftigten
- den Ausbau der Fraueninfrastruktur in den bisher unterversorgten Bezirken Berlins

Die Umsetzung dieser über die Jahre immer wieder geäußerten, weil notwendigen Forderungen würde erheblich zur Verbesserung der Wirksamkeit der Frauenprojekte beitragen sowie planbare und zuverlässige Perspektiven für die Einrichtungen und Beschäftigten schaffen.

Eine bedarfsgerechte Finanzierung intersektionaler Frauen- und Gleichstellungsarbeit bleibt in einer wachsenden Stadt wie Berlin auch künftig unverzichtbar!

Maja Loeffler
Sprecherinnen der LAG

Juliane Fischer-Rosendahl